



Presseinformation

Nr. 063/2004

Kiel, Donnerstag, 19. Februar 2004

Sperrfrist: Redebeginn

Es gilt das gesprochene Wort!

Bildungspolitik/Bildungsstandards

Ekkehard Klug: „Mindeststandards für die Schulen – aber kein Einheits-Lehrplan für alle Schüler“

In der Landtagsdebatte zu **TOP 13** (FDP-Antrag zum Thema „Bildungsstandards im Schulbereich“ [Drucksache 15/3212]) erklärte der bildungspolitische Sprecher der FDP-Landtagsfraktion, **Dr. Ekkehard Klug**:

„Mit der Einführung von ‚Bildungsstandards‘ verbindet sich oft die Erwartung, damit werde das Bildungsniveau an deutschen Schulen gesteigert. Die Kultusministerkonferenz hat im Dezember letzten Jahres solche Standards für den mittleren Bildungsabschluss in den Fächern Deutsch, Mathematik und der ersten Fremdsprache definiert. Die bis dahin eher abstrakte Diskussion über Bildungsstandards ist damit ins Stadium der Konkretisierung übergegangen. Vor diesem Hintergrund lässt sich nun auch besser bewerten, worin die Funktion und die Wirkung von Bildungsstandards liegen könnte.

Die Vorschusslorbeeren für diese Neuerung sind nach unserer Überzeugung nur dann zu rechtfertigen, wenn damit **Mindeststandards** festgelegt werden - also eine Untergrenze, die nach Möglichkeit übertroffen werden sollte und die zudem auch individuell vor dem ‚Zielzeitpunkt‘ erfüllt werden kann.

Falls Bildungsstandards jedoch so verstanden werden, dass daraus ein Einheits-Lehrplan resultiert, der z.B. im 10. Schuljahr an allen Schulen gleichartige Unterrichtsinhalte zur Vorbereitung auf den ‚Mittleren Bildungsabschluss‘ vorschreibt, dann ginge der Schuss eindeutig nach hinten los.

Im Berliner „Tagesspiegel“ hat der Leiter des zweisprachigen John-F.-Kennedy-Gymnasiums mit Blick auf die Aufgabenbeispiele für Bildungsstandards im Fach Englisch folgendes festgestellt:

„Für unsere Schule, wo die Kinder schon ab der siebten Klasse allen Fächern in beiden Sprachen [d.h. in Deutsch und Englisch] folgen müssen, wäre es natürlich eine ganz einfache Aufgabe. Wir stellen viel höhere Anforderungen.“

Wolfgang Kubicki, MdL

Vorsitzender

Dr. Heiner Garg, MdL

Stellvertretender Vorsitzender

Dr. Ekkehard Klug, MdL

Parlamentarischer Geschäftsführer

Christel Aschmoneit-Lücke, MdL

Joachim Behm, MdL

Günther Hildebrand, MdL

Veronika Kolb, MdL

www.fdp-sh.de

In den Beispielen für das Fach Englisch, die man sich mittlerweile auf der Website der KMK ansehen kann, findet man Aufgaben zum Verständnis von Telefonansagen, Hotelprospekten, Klappentexten von Büchern, Reservierungsinformationen oder zur Abfassung von Leserbriefen an Jugendmagazine: Inhalte, die sehr stark auf alltägliche Kommunikation ausgerichtet sind. All das ist sicher hilfreich für die Ausdrucksfähigkeit der Schüler in der Fremdsprache Englisch, aber auch an schleswig-holsteinischen Schulen wird heute bis zum Ende des 10. Schuljahres vielfach ein höheres Niveau erreicht, werden anspruchsvollere Texte gelesen und interpretiert.

Die derzeitige Vorsitzende der KMK, Kultusministerin Doris Ahnen aus Rheinland-Pfalz, hat am 4. Dezember in der „tageszeitung“ erklärt, nach Einführung der Bildungsstandards müssten „die Lehrpläne sukzessive angepasst werden“.

In der bei uns im Landtag am 11. Dezember geführten Debatte zur gymnasialen Oberstufe hat Ministerin Erdsiek-Rave erklärt, auch die Gymnasien müssten sich künftig an den Standards für den „Mittleren Bildungsabschluss“ orientieren.

Falls dies nicht im Sinne von Mindestvorgaben verstanden wird, sondern im Sinne eines Standard-Curriculums für alle Schulen, dann ergibt sich daraus für viele Schulen eher eine Niveausenkung als eine Niveausteigerung. Dann wäre die ganze Veranstaltung „Bildungsstandards“ auch nichts anderes als eine logische Vorstufe zum SPD-Ziel eines „gemeinsamen Unterrichts“ bis zur 10. Klasse – also zur Einheitsschule bis zum Abschluss der Sekundarstufe I.

Wie das vorhin erwähnte Berliner Beispiel deutlich macht, haben erfreulicherweise viele Schulen ein eigenes Schulprofil entwickelt, und zwar oft auch durch Schwerpunktbildung in bestimmten Fächern. Wären diese Schulen künftig gezwungen, ihre Schüler auf standardisierte Abschlussprüfungen vorzubereiten, dann würden solche besonderen Leistungsprofile tendenziell „abgeschliffen“. Auch die CDU ist, wie der heute vorliegende Änderungsantrag zeigt, vor solchen Tendenzen nicht gefeit, auch wenn sie den Traum von der großen Einheitlichkeit der Bildung separat für die einzelnen Schularten herbeiträumt.

Die liberale Position unterscheidet sich von allen Denkrichtungen, die auf Einheitlichkeit und Gleichheit zielen, den „linken“ wie den „rechten“. Aus unserer Sicht machen Bildungsstandards generell nur dann Sinn, wenn sie als Mindestvorgabe verstanden werden. Wer darüber hinausgehen kann, den darf die Bildungspolitik nicht durch ein neues Regelungskorsett daran hindern.“